

# Dresdner Volkszeitung

Hilfskonto: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Hilfskonto: Sächs. Staatsbank, Dresden,  
Kant der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, A.-G., Dresden,  
Gebr. Krabold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis: einjährig 12 Mark, halbjährig 7 Mark, Einzelnummer 10 Pf.  
Telegraphen-Nr.: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weitzsacker 10, Fernsprecher Nr. 3361. Sprech-  
stunde von 12 bis 1 Uhr.  
Verlagsleiter: Weitzsacker 10, Fernsprecher Nr. 3361 und 1277.  
Verlagsstunde von 7 bis 11 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 10 mm breite Normzeile  
35 Pf., die 10 mm breite Normzeile 200 Pf., für auswärts  
Anzeigen 40 Pf. und 250 Pf. Normzeilen, Stellen- und  
Gebäude 40 Pf. Norm. für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 39

Dresden, Mittwoch den 15. Februar 1928

39. Jahrg.

## In die Wehremacht eingenistet!

### Enthüllungen über Ehrhardts Treiben

Auf dem Preuentag der Sozialdemokratie in Berlin übernahm der Referent, Landtagsabg. Seilmann, die Delegierten mit mehreren Aufsehen erregenden Dokumenten. Sie zerfielen in zwei Gruppen. Es handelt sich einmal um einen Briefwechsel zwischen Ehrhardt-Leuten über die Befestigung einer schwarzen Stellung bei der Reichsmarine, dann um Briefe von Ehrhardt, die aufs deutlichste seine politischen Pläne und seine Verbindungen zeigen.

Die erste Gruppe wird eröffnet durch einen Brief des Korvettenkapitän A. D. Wötling aus Jüdensburg vom 11. März 1926 an einen gewissen Ploas. In diesem Brief heißt es:

„Dank meinen Beziehungen zur Marine war es mir gelungen, zunächst in eigener Person ehrenamtlich das Nautische Institut Ostsee und den Verbänden zugehörig zu werden. Und so in vielen Kreisen, die in den Jahren 1920 bis 1923 auf der Ostsee lagen, Einfluß bei dem Stab im Sinne „der Verbände“ allgemein und des Chefs (Ehrhardt) speziell, eine Organisation im besonderen zu bekommen. Das hat mich dahin angeführt, daß in der Folgezeit (sogar) mein Nachfolger (ich überhört) sich aus dem Wötling zum besten Fortkäufer genommen und schließlich in eine besondere Stellung geschoben wurde, so daß der Bezirksleiter Schleswig-Holstein des Wötlingbundes gleichzeitig B.M. der Station I und einer der Abtrottel beim sogenannten Führer der RSD, in Kiel, dem Kommandant Kommissar, war. Die Schlinge ist also so, die Station besetzt und ihren schwarzen Mitteln den Bezirksleiter der RSD, in Schleswig-Holstein ist. Der betreffende ist also keinesfalls irgendein Angehöriger oder Beamter der Station. Sie bezieht ihn nur in unserem Interesse und benutzt ihn als Verbindungsmann zu den Verbänden... Seine Ansicht wird bestätigt dadurch, daß Wende an der Hand seiner durch mich geschaffenen Beziehungen zur Station Ostsee (ich) in einer guten schwarzen Stelle dort hat, und ich wieder, dessen Nachfolger Sie werden sollen, ebenfalls in eine nur durch mich und Marinebeziehungen geschaffene Stellung kommt... Ich kann mir nichts Besseres vorstellen, als die Marine und die RSD, mit Wötlingern zu „verfeuern“ und dies von der Marine hoch bezahlt zu lassen.“

Dieser Ploas ist in die schwarze Stelle bei der Station Ostsee ernannt worden, wie ein Glückwunschbrief von Ehrhardt an ihn vom 11. März 1926 beweist. Ploas hat sich nun im Herbst 1927 bemüht, einen weiteren Ehrhardtmann namens Teplmann in eine schwarze Stellung zu schieben. Seilmann trug darüber folgende Briefe von Ploas an Teplmann vor:

27. Oktober 1927. Wir brauchen einen Mann für eine halbstaatliche Dauerstellung, der unbedingt zuverlässig, auf den Chef eingestellt sein muß und durchsichtig beweisbar ist. Er würde eine sehr interessante Tätigkeit ausüben, und zwar hier in Berlin. Gerade dadurch, wie ich aus der Postenliste weiß, die Hauptaufgabe wäre, über alles, was irgendwie zur Bearbeitung kommt, Unterricht zu sein. Wacht ihr, daß ihr eine solche Rolle spielen könnt und die vollendete Zuständigkeit eines Vorgesetzten nicht zum Objekt eures Optimismus machen könnt?

7. November 1927. In dem Berliner Posten handelt es sich um Spionageabwehr. Sie würden als Vorgesetzter unter einem Offizier (ich glaube Korvettenkapitän) der Marine arbeiten. Wir haben dann noch eine weitere Verbindung, durch die es gelingen ist, eure bisherigen Vorgesetzten abzulösen. Bitte, laßt euch bald, so ihr ins Reichsmarinemuseum einziehen wollt.“

Das ist die erste Gruppe der Dokumente, die Seilmann vorlegt. Die zweite Gruppe wird eröffnet durch einen Bericht eines gewissen Ploas in Richte aus dem 14. Dezember 1927 an eben diesen Ploas. Darin heißt es:

„Dank soll mit der RSD, die bestmögliche Verbindung erhalten werden, damit wir den Namen des Chefs immer bekannt machen und sich kein RSD-Mann einfallen läßt, etwa gegen uns zu arbeiten. Ich weiß, daß der Name Ehrhardt unterliegt mit etwas Gutem verbunden ist. Den Offizieren ist es ja wohl klar, daß, wenn Ehrhardt mal das Oest in der Hand hat, für sie noch bessere Zeiten kommen werden. Die Ausbil- dungsbedingungen bei der RSD, Sportstunden usw. sollen feste Ausprägung werden. In Bezug auf Waffen soll versucht werden, die betreffenden schwarzen RSD-Offizieren dazu zu bewegen, die Waffen wieder in Privatbesitz zu geben, wie dies früher war, weil man ja nie weiß, was für eine Regierung wir bekommen würden, die vielleicht die ganzen schwarzen Waffenbestände wieder einfach vernichten lassen würde... Es wird sich vor allem auch darum handeln, Kontakt zu den RSD-Offizieren zu bekommen, um dort feste Propaganda für die russische Stalin-Richtung zu machen.“

Am Schluß zwei Briefe von Ehrhardt, beide datiert wie die Briefe von Ploas, datiert aus Berlin W 35, Straßer Straße 28, 3. Der erste Brief vom 13. Oktober 1927 ist an einen Kommunisten in Nürnberg gerichtet. In diesem Brief heißt es:

„Ganz unabhängig von den großen Verbänden, wie Stahl- und Eisen, die Reis nur ein schwacher Knappe bleiben

werden, mit keiner absoluten Disziplin, muß ein zahlen- mäßig kleiner Verband, festgelegt, wohlgeplant, be- stehen, der jederzeit in der Lage ist, zumindest mehrere Tausend Mann an jeden bedrohten Ort im Reich zu werfen. Das wir, und ich kann wohl ohne Über- deutung sagen, vielleicht nur wir dies konnten, haben wir in den Jahren 1918, 1919 und 1920 bei den Potenzenfällen in Ober- schlesien und bei der Bedrohung Nordbayerns durch Thüringen im Jahre 1923 bewiesen. Ich darf Ihnen vertraulich sagen, daß Herrstrat Ehrlich, General v. Seckl, Staats- präsident Hajalla mir in letzter Zeit sehr ernst betont haben, daß die Erhaltung eines Verbandes wie des meinigen in seiner Eigenheit und starken Disziplin eine unbedingte Notwendigkeit ist, zumal auch diese Herren in den kommenden Jahren sehr ernste Wirren voraussehen.“

Ein zweiter Brief an einen Vetter Ehrhardts, ebenfalls vom 15. Oktober 1927, behandelt zunächst einen Versuch, maßgebenden Einfluß auf die Süddeutsche Zeitung zu bekommen. Er schließt:

„Bei den weltpolitischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre, insbesondere der Aufrollung der Frage Eng- lands-Rußland-Folien, wird in Norddeutschland, wo der sozialdemokratische und der kommunistische Einfluß immer stärker wird (siehe Wahlen in Ham- burg und Schlesien), ein Durchgefallen entstehen, und wir wissen nicht, ob es möglich sein wird, mit den kapitalistischen Machtfaktoren und den nationalen Organisa- tionen Herr zu werden, zumal die gesamte Polizei in Preußen in Händen der Sozialdemokratie sich be- findet und bis in die untersten Stellen hinein systematisch im sozialdemokratischen Sinne besetzt wurden.“

Diese Dokumente zeigen Ehrhardt an der Ar- beit. Sie zeigen, wie der in Preußen verbotene Wiking, die russische Organisation Ehrhardts, in die Weh- remacht der Republik eindringt. Die Herren setzen sich in „schwarzen Stellen“ in Marine und Reichswehr fest und betreiben von dort ihre Sprengungspläne. Dirigent ist der gefährliche Ehrhardt, der skrupellose Diktatorpolitiker und sehr viele Helfershelfer zu haben scheint. Diese Enthüllungen lassen sich im Augenblick in ihrer Wichtigkeit noch nicht übersehen. Sie kommen gerade zurecht, um die Krise des Bürgerbluts zu beschleunigen. Sie müssen folgenreich gemacht werden!

### Korruptionskandale

#### Geheimfonds für Deutschnationale

D. Berlin, 15. Februar. (Eig. Fundspruch.) In der Montagssitzung des brandenburgischen Provinzialland- tages wurde — wie die Berliner Morgenpresse überein- stimmend mitteilt — festgestellt, daß die Provinz schon seit Monaten einen Geheimfonds in Höhe von 336 000 Mark unterhält. Dieser Betrag ist im wesent- lichen aufgebracht und teilweise zu Darlehen an deutsch- nationale Persönlichkeiten benutzt worden.

Die Korruption wurde von den sozialdemokratischen Abgeordneten enthüllt. Der deutschnationale Landesdirektor von Winterfeld gab das Bestehen des Geheimfonds zu; die Gelder seien nur „zu unbedingt notwendigen Zwecken“ ver- wendet worden, darunter 40 000 M. für einen deutschna- tionalen Landesrat zur Unterstützung für sein Haus. Vom Ge- heimfonds, für den keine öffentliche Rechnungslegung er- folgte, haben auch gleich zwei Beamte der deutschnationalen Landesverwaltung Gelder in Höhe von 30 000 M. unter- schlagen. Sie mußten in Haft genommen werden.

Deutschnationale empfinden die Kontrolle durch ver- wahnte gewählte Parlamente peinlich. Ohne Volkvertretung regierte es sich vordem besser.

#### Millionenbetrug bei den Finanzämtern

D. Berlin, 15. Februar. (Eig. Fundspruch.) Ein Betrugsfall von ungeheurer Ausmaß, durch den das Deutsche Reich um Millionenbeträge geschädigt worden ist, beschäftigt zur Zeit die Staatsanwaltschaft I. Es konnte ermittelt werden, daß seit länger als einem Jahre große Betrugsereien mit Kriegsanleihe-Kitteln, Anmel- dungen verübt worden sind. Als einer der Hauptbeteiligten wurde in der Nacht zum Dienstag der aus dem großen Wobitzer Aktienziehungsspiel bekannte Ban- kier Clemens Max Kunert von Beamten der Staats- anwaltschaft I und der Kriminalpolizei verhaftet und in das Wobitzer Untersuchungsgefängnis gebracht. Die Angelegen- heit dürfte weitere Kreise ziehen, da nachgeprüft werden muß, auf welche Weise es Kunert gelungen ist, den Anmel- dungscheit durchzuführen. Weitere Verhaftungen werden daher zu erwarten sein.

## Blüher's Töte!

### Eine kleine Krise im Helld-Blot?

Dere Blüher muß wieder einmal Blut sämischen. In der jüdischen Koalition sind sich die Kompagnons wieder einmal in die Haare geraten, ohne daß bisher die Schwierigkeiten be- seitigt werden konnten. Einmal geht es um die Vorkerungs- vorordnung für neue Wohnungen und Gewerberäume. Be- sonders im Chemnitzer Bezirk hat diese Vorordnung für einen Teil der Wirtschaftspartei sehr bedauerliche Folgen gehabt. Zahlreichen Geschäftsläden ist gekündigt worden, ihre Existenz ist aufs äußerste bedroht. Die Aufwertungspartei verlangt, die Vorkerungs- vorordnung, soweit sie sich auf Gewerberäume bezieht, für den Chemnitzer Bezirk aufgehoben wird, und Herr v. Zumeitz soll sogar mit seinem Rücktritt gedroht haben. Die Wirtschaftspartei aber stellt sich auf die Hinterbeine und will von einer Erfüllung dieses Wunsches nichts wissen.

Der andere Streitpunkt sind die 4 1/2 Prozent der Fried- ensmiete, die die Wirtschaftspartei für die Hausbesitzer haben will. Es wird jetzt vor den Reichstagswahlen einen Teil der Koalitionsparteien sicher nicht leicht werden, auf diesen Wunsch einzugehen.

Gestern nachmittag wurde fleißig gekuhandelt, man hat sich zunächst einmal mit einer Verlegung geeinigt. Es wurde ein Ausschuß gebildet, der die Vorgänge in Chemnitz noch einmal untersuchen soll. Nach den bisherigen Erfahrungen darf man den Vorgängen eine allzu große Bedeutung nicht beimessen. Bisher hat sich immer gezeigt, daß trotz allen Streitig- keiten die Koalitionskompagnos doch wie Kletten zusammenhängen und daß sie sich aus lauter Angst vor etwaigen Neuwahlen immer

wieder irgendwie geeinigt haben. Allerdings liegt gegenwärtig für die Koalition die Sache nicht so einfach wie bisher, weil sie nicht wissen, ob nicht Reichstagswahlen und vielleicht auch Land- tagswahlen vor der Tür stehen. Alle Beteiligten müssen jetzt be- stimmt rechnen, daß das Gericht der Wähler über sie kommen wird, ehe man im Falle dringender ihrer Selbstenaten vergessen haben kann. Jede Sünde, die sie jetzt begehen, kann sich an ihnen emp- findlich rächen. Deshalb ist es nicht unwahrscheinlich, daß Dere Blüher sich diesmal besonders sehr anstrengen müssen, um seine Beute wieder unter einen Hut zu bringen, womit freilich nicht etwa gesagt sein soll, daß man mit einem Wägen der Helld- Koalition zu rechnen hat.

In der gestrigen Landtagsitzung ist übrigens der Helld- Koalition ein kleines Mißgeschick passiert. Gegen die Entzwei- nung des Bürgerbluts wurde durch eine Zufallsentscheidung ein Antrag angenommen, den sozialdemokratischen Antrag über die Änderung des Wahlgesetzes auf die Tagesordnung der nächsten Donnerstag- sitzung zu legen. Damit ist freilich nicht gesagt, daß dieser Antrag am Donnerstag auch wirklich nicht gefogt, daß dieser Antrag werden es die Bürgerblutparteien besonders freuen, daß im Land- tag von Wahlen gesprochen wird.

#### Um die 4 1/2 Prozent Friedensmiete Die Wünsche der Wirtschaftspartei

Der Zittauer Morgenzeitung entnehmen wir fol- gendes:

Kompliziert wird die Angelegenheit noch dadurch, daß die Wirtschaftspartei, besonders die Hausbesitzer-Abgeordneten, wie gemeldet, vor fragen die Forderung erhoben haben, daß der An- teil der Hausbesitzer an der Miete um 4 1/2 Prozent erhöht werden müsse. Da eine Mieterhöhung nicht in Frage kommt, schlagen sie vor, diese 4 1/2 Prozent Betrag zu gewinnen, daß sie dem Wohnungsbau 3 Prozent, dem Staat 1 Prozent und den Ge- meinden 1 Prozent von ihren bisherigen Anteilen wegnehmen wollten. Demunter würde vor allem der Wohnungsbau leiden, zumal im laufenden Jahre schon mit einer geringeren Wohn- tätigkeit gerechnet werden muß als 1927. Ebenso scheint es schwierig, dem Staat 1 Prozent abzunehmen, denn das würde ungefähr 1 1/2 Millionen ausmachen, und bei einem Rechnung- von über 20 Millionen Mark wird sich der Finanzminister auf eine

### Ein neues Schlichtungsverfahren

Berlin, 15. Februar. (Eig. Fundspruch.) Der Reichsarbeitsminister hat sich mit Rücksicht auf die drohende Ausdehnung des Kampfes in der Metallindustrie entschlossen, von Amts wegen ein neues Schlichtungsverfahren für die mitteldeutsche Metallindustrie einzuleiten. Die Verhandlungen sind voraussichtlich am Freitag, dem 17. Februar, im Reichsarbeitsministerium statt.